



Abstimmungsvorlage vom 10.06.2018

«Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

In Kürze

Die Volksinitiative «für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!» verlangt, dass künftig nur die Nationalbank Münzen, Banknoten und vor allem Buchgeld ausgeben darf. Im heutigen Kreditwesen dagegen schaffen Geschäftsbanken fortlaufend neues, fiktives Geld, sogenanntes Buchgeld, indem sie Kredite vergeben. Dieses Geld existiert zwar nur elektronisch, erweitert aber die umlaufende Geldmenge, was aus Sicht der Initianten zu neuen Geldblasen führen kann. Die Initiative will mit ihrer Forderung das Finanzsystem stabilisieren. Der Bundesrat sowie alle Fraktionen des National- und Ständerates empfehlen, die Initiative abzulehnen.

Hintergrund

Die Finanzkrise im Jahr 2008 und die sehr hohe private und staatliche Verschuldung in einigen Volkswirtschaften dürften massgebliche Auslöser für die Initiative gewesen sein. So sehen die Initiantinnen und Initianten in der hohen Geldschöpfung durch das Bankensystem eine wesentliche Ursache der Finanzkrise und der darauffolgenden Staatsschuldenkrise in Europa. Sie sind der Auffassung, die Schweizerische Nationalbank (SNB) habe im heutigen Geldsystem nur unzureichende Möglichkeiten zur Steuerung der Geldmenge.

Gemäss der Volksinitiative würde es der Nationalbank obliegen, die Geldmenge zu steuern und Banknoten, Münzen und elektronisches Geld in Umlauf zu bringen. Die Nationalbank soll Geschäftsbanken bei Bedarf Darlehen geben, Geschäftsbanken dagegen dürften durch Kreditvergaben kein so genanntes Buchgeld mehr schaffen.

Für ihre Kredite müssten die Banken Geld einsetzen, das Sparer zur Verfügung stellen, das sie selbst besitzen oder das sie von der Nationalbank erhalten. Das mit heutigen Kreditvergaben geschaffene Buchgeld erweitere die Geldmenge, schreiben die Initianten. Finanzkrisen oder Inflation könnten die Folge sein. Mittlerweile seien 90 Prozent aller Zahlungsmittel heute Buchgeld und lediglich 10 Prozent Vollgeld.

Quellen

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8475.pdf>

https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2017/20170928113205112194158159041_bsd074.aspx

Verfassungsartikel

<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis453t.html>

Argumente

Pro Quelle: https://www.vollgeld-initiative.ch/	Kontra Quelle: https://vollgeldinitiative-nein.ch/
<ul style="list-style-type: none">• Die Vollgeld-Initiative will systemische Missstände beseitigen und das Geld selbst krisensicher machen: Banken dürfen selbst kein Geld mehr erzeugen und können so keine Finanzblasen mehr erzeugen.• Mit der Vollgeld-Initiative werden Geld und Finanzsystem wieder in den Dienst der Realwirtschaft bzw. der Allgemeinheit gestellt.• Das Geld kommt schuld-, zins- und tilgungsfrei durch die Nationalbank in Umlauf: Der dem heutigen Geld und Finanzsystem innewohnende Wachstums- bzw. Verschuldungszwang wird stark abgeschwächt.• Vollgeld, das durch Staatsausgaben oder eine Bürgerdividende in Umlauf kommt, existiert wie Bargeld schuldfrei. Die Banken sind mit der Umsetzung der Vollgeld-Initiative wieder allen anderen Wirtschaftsteilnehmern gleichgestellt, das heisst, sie haben keine wettbewerbsmässigen Vorteile aus der Geldschöpfung mehr. Dies kommt der Realwirtschaft als Ganzes und den KMU insbesondere zugute.	<ul style="list-style-type: none">• Die Initiative will künftige Krisen mit einem weltweit einmaligen Experiment verhindern, dessen Ausgang mehr als ungewiss ist: Kein anderes Land hat jemals mit einem Vollgeld-System experimentiert. Die Schweiz würde zum Versuchskaninchen.• Die angebliche stabilisierende Wirkung des Vollgeldsystems ist wissenschaftlich nicht belegt. Es gibt keinerlei Beweise, dass es künftige Finanzblasen und -krisen überhaupt verhindern könnte.• Vollgeld hätte die Finanzkrise des Jahres 2008 nicht verhindert. Seither wurde die Bankenregulierung massiv verschärft. Die Initianten wollen diese Bankenregulierung wieder abschaffen.• Die Initiative zwingt die Nationalbank, neues Geld ohne Gegenwert in Umlauf zu bringen. Die SNB gerät damit unter enormen politischen Druck.• Das Vollgeldsystem verbietet den Banken, mit dem Geld auf Zahlungskonten zu arbeiten. Das verteuert Finanzdienstleistungen, Hypotheken und Kredite. Die Kosten zahlen Privathaushalte und KMU.